



## Wie NRW Europa stärken kann

Die Grüne Fraktion NRW hat den Beschluss „Für ein friedliches, nachhaltiges und bürgernahes Europa“ gefasst. Darin fordern die Abgeordneten unter anderem einen europaweiten Atomausstieg, eine transparentere EU-Politik und mehr Möglichkeiten zum Austausch über Ländergrenzen hinweg. An der Debatte in der Fraktion nahm auch Sven Giegold, Grüner Abgeordneter des Europa-Parlaments teil. Er warb für einen Stopp des geplanten Handelsabkommen mit den USA: „Es stellt eine Gefahr für den Verbraucherschutz, für die Umwelt, unsere Unternehmen und die Demokratie dar. Öffentli-



chen Dienstleistungen droht dadurch neuer Privatisierungsdruck. Deshalb ist unser Appell an die Staats- und Regierungschefs der EU: Stoppen Sie dieses Abkommen. Im siebenseitigen Europa-

Beschluss plädiert die Fraktion unter anderem für einen europaweiten Atomausstieg. Das ist vor allem für uns in Nordrhein-Westfalen wichtig, weil wir von Schrottteilern umgeben sind. Dazu gehören Tihange in Belgien und Borssele in den Niederlanden. Beide Atomkraftwerke existieren seit mehr als 30 Jahren. Das Störfallrisiko dieser Anlagen wächst mit jedem weiteren Jahr. Wir Grüne wollen außerdem die Zusam-

menarbeit der europäischen Länder über die Grenzen hinweg verbessern, insbesondere zwischen Nordrhein-Westfalen und Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Frankreich. Europa lebt von persönlichen Begegnungen. Wir setzen uns dafür ein, dass das EU-Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘ ausgebaut wird. Neue Impulse kann auch ein ‚Europäisches Jahr‘ für Freiwillige jeden Alters bringen, das von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und mit öffentlichen Mitteln grundfinanziert wird.“ Diese und weitere Forderungen aus NRW-Sicht formuliert der Beschluss: <http://gruene.fr/europa14> ■



## FDP-Fraktion: Verfallsdatum für Gesetze nötig

Es ist ein Dauerergernis gerade für Mittelständler, Bürger und Kommunen: zunehmende Belastungen und Kosten durch überbordende Bürokratie. In den letzten Jahren sind immer neue Informationspflichten dazu gekommen – gerade in NRW unter Rot-Grün; etwa durch das Tarifreuegesetz, den Klimaschutzplan oder das Rauchverbot. Die erfolgreichen Maßnahmen zum Bürokratieab-

bau zwischen 2005 bis 2010 unter der schwarz-gelben Landesregierung werden aus Sicht der FDP so zusehends konterkariert.

Die FDP-Landtagsfraktion fordert einen neuen Impuls zum Bürokratieabbau. „Die Hydra der Vorschriften muss bekämpft werden“, betont FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Die FDP fordert ein Verfallsdatum für alle Gesetze und Verordnungen auf Bundes- sowie Landesebene, eine Bürokratiebremse sowie einen Automatismus zum Abbau von Belastungen und hat dazu einen Beschluss gefasst sowie eine Initiative ins Parlament eingebracht.

Unterstützung erhält die FDP vom Antibürokratie-Beauftragten der Europäischen Kommission, Edmund Stoiber, der – ebenso wie der FDP-

Vorsitzende im EU-Parlament, Alexander Graf Lambsdorff – zu einem Gedankenaustausch in der FDP-Fraktion zu Gast war (Foto). Stoiber bemängelte, dass die Menschen heute mit der EU in erster Linie mangelnde Transparenz und zu viel Bürokratie verbinden würden, statt die unbestreitbaren Erfolge: Frieden, Freiheit und Wohlstand. Der Abbau von Bürokratie müsse weiter verstärkt werden. FDP-Fraktionschef Lindner forderte, Rot-Grün solle dem Landtag zeitnah Vorschläge unterbreiten, „wie Bürger von teurer, ärgerlicher Bürokratie entlastet werden können“. ■



## Wissenschaftsgesetz NRW: Transparenz, Selbstverwaltung, Attraktivitätssteigerung, Open Access

Die Landesregierung treibt im Hochschulzukunftsgesetz die versprochene Transparenz und die Demokratisierung der Hochschulen nur ungenügend voran. Für uns ist das Anlass, mit dem Wissenschaftsgesetz NRW einen eigenen Entwurf vorzulegen, der endlich wieder die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in den Fokus stellt.

Während SPD/Grüne mit ihrem Hochschulzukunftsgesetz ausschließlich auf Bevormundung setzen und sich CDU/FDP darauf beschränken, sich aufzuregen, gehen wir mit unserem Wissenschaftsgesetz konkret auf die modernen Zeiten ein. Vier Säulen sind dabei wesentlich.

**Transparenz:** Die Rektorengelöhler, finanziert durch Steuergelder, dürfen nicht länger intransparent geregelt werden. Wenn Unternehmen an Hochschulen forschen, also öffentlich finanzier-

te Infrastruktur nutzen, muss dies für den Bürger nachvollziehbar gemacht werden.

**Demokratie und Selbstverwaltung:** Hochschulräte sind weder demokratisch legitimiert noch haben sie das nötige Know-how. Sie sind ersatzlos aufzulösen und der Senat einer Hochschule muss das höchste beschlussfassende Gremium sein.

**Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes Hochschule:** Die Mitarbeiter einer Hochschule müssen in den Landesdienst zurückgeholt werden. Eine Hire-and-Fire-Mentalität schließen wir für Wissenschaftler kategorisch aus.

**Open Access:** Wer mit öffentlichen Geldern forscht, soll die Erkenntnisse dem Bürger zur Verfügung stellen. Open Access ist für uns die



Dr. Joachim Paul  
(PIRATEN)

zentrale Forderung, um dem Bürger zu zeigen, was an „seiner Hochschule“ passiert. Wir sind erst dann in einer modernen Informations- und Wissensgesellschaft angekommen, wenn Studierende die Möglichkeit haben, an jedem Ort zu jeder Zeit Materialien abzurufen und Online Vorlesungen zu hören.

Wir setzen auf einen fairen parlamentarischen Umgang mit unserem Gesetzentwurf. Denn in Bezug auf die Zukunft der Hochschulen in NRW ist parteitaktisches Verhalten fehl am Platz. ■



**PIRATEN FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW